

Bern, 23. August 2013

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Die Delegierten der Schweizer Demokraten (SD) haben folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2013 beschlossen:

Nein zur Volksinitiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“:

Spätestens seit der Einführung der Armee XXI wird das gesamte Armeegefüge stets reduziert. Hierbei hat man im Verteidigungsdepartement etliche Abteilungen zusammengelegt und Arbeitsstellen abgebaut. Die Aufhebung der Wehrpflicht sieht eine Freiwilligenarmee vor, welche aufgrund des personellen Kleinstbestandes die Landesverteidigung nicht mehr gewährleisten könnte. Die Unabhängigkeit der Schweiz an sich ist hiermit generell in Frage gestellt. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist es naheliegend, dass die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) dieses Anliegen lediglich als ersten Schritt zur totalen Abschaffung der Armee verwenden will. Bereits das aktuelle Heer ist in seiner Grösse nicht mehr auftragskonform. Deshalb wird die Vorlage einstimmig zur Ablehnung empfohlen.

Ja zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz):

Diese Vorlage sieht vor, dass die Möglichkeit der Impfung im Falle einer Epidemie gewährleistet ist. Dabei benötigt es eine gesetzliche Verankerung auf Bundesebene. Zudem muss sich die Gesellschaft auch vor importierten exotischen Krankheiten schützen, welche aufgrund der aussereuropäischen Einwanderung ein erhebliches Problem darstellen können. Des Weiteren stützt das Gesetz Programme zur allgemeinen Prävention und zum Gesundheitsschutz. Hierbei können beispielsweise Spitalinfektionen erwähnt werden. Diese sind für eine Vielzahl von Todesfällen verantwortlich und haben Kosten von Krankenkassenprämien in Millionenhöhe zur Folge. In diesem Zusammenhang kann auch ein Impfblogatorium sinnvoll sein. Schwerstkranke Menschen (zum Beispiel Krebs) oder andere abwehrgeschwächte Patienten (zum Beispiel Diabetes) werden hiermit vor Massenansteckungen geschützt. Entscheidet sich eine Pflegefachperson gegen eine Impfung, so wäre allenfalls eine Tätigkeit in solchen sensiblen Spitalbereichen nicht möglich. Ein Impfwang ist jedoch explizit nicht vorgesehen. Letztlich dienen erfasste Daten nur dem Schutz der betroffenen Person respektive der Bevölkerung. Aus diesen verschiedenen Gründen haben die Schweizer Demokraten (SD) zum Epidemiengesetz die Ja-Parole beschlossen.

Nein zur Änderung des Arbeitsgesetzes:

Mit der vorgeschlagenen Revision des Arbeitsgesetzes will man bei Autobahnraststätten und Tankstellenshops an Hauptverkehrswegen die Öffnungszeiten auf die ganze Nacht und auf den Sonntag ausdehnen. Somit würden

diese Geschäfte rund um die Uhr mit entsprechendem Verkaufspersonal betreut. Die Schweizer Demokraten (SD) lehnen jegliches Unterfangen, die betriebliche 24-Stunden-Tätigkeit einzuführen, strikte ab. In den letzten Jahren wehrten sich bereits etliche Kantone erfolgreich gegen verlängerte Ladenöffnungszeiten. Die Massnahme hat sowohl für die persönliche Gesundheit (Leistungsdruck erzeugt krankhaften Dauerstress mit stetiger Abnützung) als auch für die geregelten Gesellschaftsstrukturen negative Folgen. Freizeitbeschäftigungen mit der eigenen Familie oder dem Freundeskreis werden durch vermehrt unregelmässige Arbeitszeiten massiv erschwert. Zudem dient die Vorlage als Basis für weitere Liberalisierungen wie der Einführung von flächendeckender Sonntagsarbeit oder unbeschränkten Öffnungszeiten von Kleinläden. Der Gesetzestext mit der Begründung von starkem Reiseverkehr und dem Angebot für die Bedürfnisse der Reisenden ist äusserst unklar und kann leicht Missbräuche provozieren. Für die SD sollen die Arbeitsbedingungen der Verkaufsangestellten nicht dem Wachstumswahn geopfert werden. Die Änderung des Arbeitsgesetzes wird deshalb zur Ablehnung empfohlen.

Delegiertenversammlung der SD Schweiz